

## AKTUELL

## LANDESPLANUNG

# Verspätete Debatte

Richard Graf

## Am Donnerstag beschäftigte sich die Chamber mit dem komplexen Dossier der Raumentwicklung.

Nicht immer gibt sich das Abgeordnetenhaus so viel Zeit, um sich über ein Thema auszutauschen. Als es am Donnerstag auf eine Anfrage der Regierung eine sogenannte Konsultationsdebatte führte, hatte das Präsidium dafür das Rede-Modell „3“ als Grundlage genommen - theoretisch hätten die Abgeordneten also bis in den späten Abend hinein Zeit gehabt, um die Debatte über das Thema „Lëtzebuerg zesummen entwéckelen - Quelle démarche pour un développement spatial durable?“ abzuwickeln. Zwar nützten insbesondere die größeren Fraktionen ihre Redezeit nicht aus - dennoch dauerten die Debatten bis lange nach Redaktionsschluss dieser woxx-Ausgabe. Bis dahin hatte es sich allerdings vor allem um ein Zwiesgespräch zwischen dem ehemaligen Landesplanungsminister Michel Wolter und seinem Nachfolger François Bausch gehandelt.

Die Konsultationsdebatte wurde sozusagen aus der Not geboren: Als im November 2014 klar wurde, dass die sektoriellen Landesentwicklungspläne aus Gründen der Rechtssicherheit zurückgezogen werden müssen, entstand eine Situation, die die in den Jahren davor geführten Debatten, aber auch die noch unter der Vorgängerregierung getroffenen Entscheidungen, hinfällig zu machen drohte.

Der Vorwurf an die aktuelle Regierung, die Vorlagen aus den schwarz-roten Vorzeiten ungelesen übernommen zu haben, kam dabei vor allem von Seiten jener, die sich einer als zu dirigistisch kritisierten Landesplanung widersetzen. „Wider die Diktatur der Experten“ titelte noch diese Woche Robert Goebels im tagesblatt. Der politische Ruhestandler sieht „anonyme Schreibtischtäter“ am Werk, denen nun auch der grüne Landesplanungsminister aufgesessen sei. Wobei der ehemalige Minister es sich nicht nehmen ließ, auf das vermeintlich wenig basisdemokratische Vorgehen von François Bausch hinzuweisen, der von Méco und der „grünen Woxx“ deshalb auch habe Kritik einstecken müssen.

Tatsächlich war es vor allem der Mouvement Écologique, der im Frühsommer 2014, als die sektoriellen Pläne kurzzeitig offengelegt und in einer wohl als minimalistisch zu bezeichnenden Frist für verbindlich erklärt worden waren, auf die Barrikaden ging.

Und zwar nicht wegen übertriebener Strenge der dort niedergeschriebenen Regeln, sondern weil die Gesamtorientierung der Pläne als viel zu wachstumsorientiert eingeschätzt wurde.

Nur wenige Tage vor dem Landeskongress des Méco zeigt sich dessen Präsidentin Blanche Weber in diversen Presse- und Radio-Statements „hoffnungsvoll skeptisch“, dass sich jetzt in Sachen Landesplanung etwas ändern werde. Ironischerweise habe die verunglückte Vorstellung der Pläne eine Diskussion losgetreten, die der Méco in dieser Form schon seit Jahrzehnten fordere.

## Neue regionale Dynamik

In einem 50-seitigen Bericht, den das Nachhaltigkeitsministerium zur Vorbereitung der Konsultationsdebatte Ende Februar an die Abgeordneten weitergereicht hatte, wird die bisherige Vorgehensweise tatsächlich in Frage gestellt. Allerdings bezieht sich das Papier eher auf die nicht immer eindeutig definierten Verfahrensfragen als auf die inhaltliche Ausrichtung der Planungen.

Ausdrücklich betont wird in dem Regierungsbericht die Notwendigkeit, über reglementarische Instrumente zu verfügen, die tatsächlich bindend, aber auch so klar ausformuliert sind, dass es nicht mehr zu Auslegungsdivergenzen kommt, über die nur noch gerichtlich entschieden werden kann.

Stringentere Vorgaben soll es aber nicht nur von oben geben. Ganz im Sinne des Méco sind auch Änderungen „bottom up“ geplant. So sollen die regionalen Unterschiede besser berücksichtigt werden, vor allem durch Verbesserung der lokalen und interkommunalen Mitsprache.

Dem vielfach geäußerten Vorwurf, die Landesplanung mitsamt der sektoriellen Pläne habe bislang kaum auf die übergeordneten Entwicklungen in der Großregion Rücksicht genommen, will man ebenfalls Rechnung tragen: Der Bericht schlägt vor, in Zukunft die „dimension transfrontalière“ zu favorisieren.

Um die Akzeptanz der Landesplanung insgesamt zu steigern, werden „finanzielle Anreize“ in Aussicht gestellt. Das heißt aber auch, dass die von der Regierung angestrebte Politik etwas kosten wird. Vielleicht hilft ja hier die derzeit geführte Demontage des „pacte logement“ der Vorregierung, der zwar viel Geld kostet aber nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt hat.

## SHORT NEWS

## Gute Tax Rulings, schlechte Tax Rulings

(dw) - Geht es nach der EU-Kommission sollten EU-Mitgliedstaaten ab 2016 Informationen über ihre Steuer-Rulings automatisch austauschen. Der zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici sprach in Brüssel von „einer Revolution“ einer neuen „Ära der Transparenz“, die notgedrungen sowohl Mitgliedstaaten als auch Großkonzerne zu einer fairen Steuerpraxis bringen werde. Was genau den Sinneswandel bei Staaten, die sich weigern bestimmten Unternehmen mehr Steuern abzuverlangen, herbeiführen soll, konnte der um Optimismus bemühte Franzose nicht plausibel darlegen. Auch bislang hatten EU-Staaten das Recht, sich über Tax Rulings auszutauschen. Eine Untersuchung der Kommission ergab jedoch, dass das Interesse äußerst gering war. Ein obligatorischer Austausch von Informationen würde die Motivation der Länder verstärken, so die Erwartung. Es gehe darum die „schlechten“ Rulings von den „guten“ zu unterscheiden, so Moscovici. Man verzichtete jedoch darauf, verbindliche Kriterien für unfaire Steuerpraktiken auszuwickeln. Das System als solches werde nicht in Frage gestellt, stellte Pierre Moscovici klar. Auf die Frage hin, ob nun ein Land wie Luxemburg etwas zu befürchten habe, erklärte der EU-Kommissar, dies sei nicht der Fall und niemand solle wegen Tax Rulings verurteilt werden.

## Feminismus: Peking-5 statt Peking+20?

(lm) - Im UN-Hauptquartier in New York wird gegenwärtig über die weitere Umsetzung der vor 20 Jahren in Peking beschlossenen Aktionsplattform für Gleichberechtigung diskutiert. Zur selben Zeit aber sitzen in China fünf Feministinnen im Gefängnis, weil sie geplant hatten, am Frauentag gegen sexuelle Belästigung zu demonstrieren. Die fünf hatten sich in den vergangenen Jahren zum Teil mit spektakulären Aktionen für Frauenrechte eingesetzt. Li Tingting zum Beispiel hatte sich ein blutbeflecktes Hochzeitskleid angezogen, um gegen häusliche Gewalt zu demonstrieren. Eine Aktion, die wohl dazu beigetragen hat, dass die Regierung an einer Verbesserung des Schutzes von verheirateten Frauen arbeitet. Doch indem sie gegen die Aktivistinnen vorgeht, riskiert die chinesische Staatsmacht, die sich gerne als der Emanzipation verpflichtet darstellt, einen erheblichen Imageschaden. Amnesty International hat die sofortige Freilassung der fünf Frauen gefordert: Die Führung solle mit den Aktivistinnen zusammenarbeiten, statt sie zu verfolgen. Amnesty sieht die Verhaftungen als Teil einer verschärften Kampagne gegen unabhängige NGOs in China. Auf der Facebookseite „Free Chinese Feminists“ kann man mehr zum Hintergrund erfahren und die aktuellen Entwicklungen verfolgen.

## Archives : un peu moins de brume

(lc) - Comme on l'avait rapporté la semaine dernière, deux documents importants - la liste des enfants juifs polonais et celle comportant les comptes dormants - avaient été « égarés ». Selon nos dernières informations, ces listes auraient réapparu entre-temps. Curieusement, celle des comptes dormants se trouvait dans les 350 mètres linéaires d'archives du ministère des Finances qu'on aurait « retrouvées ». Comment est-ce possible ? C'est Josée Kirps, la directrice des Archives, qui nous a menés sur la bonne piste. Ces archives n'ont jamais été « retrouvées », on savait où elles se trouvaient, mais elles n'auraient justement pas pu être répertoriées jusqu'ici, ce qui fait qu'elles n'apparaissaient pas dans les inventaires. Décidément, en matière d'archives, il reste du pain sur la planche.

## Protinvest : prochain scandale déclenché

(lc) - « Institutionnalisation d'une kleptocratie », l'association Protinvest, qui défend les intérêts des investisseurs, n'y va pas avec le dos de la cuillère quand elle évoque les fonctionnaires d'État qui siègent dans les gros conseils d'administration tout en empochant le pognon pour leur compte. Alors que la loi veut que ces sous reviennent au Trésor public. Pour l'instant, le ministre des Finances, quoique interpellé, a fait la sourde oreille. Alors, vivement une question parlementaire sur le sujet ?